

Hintergrundinformationen zum «Bhima Koregaon»-Fall

In Indien werden in jüngster Zeit auffällig viele kritische Intellektuelle, Medienschaffende, Menschenrechtsaktivist*innen und Autoren nach Antiterrorgesetzen angeklagt, wenn ihre Meinungsäußerung nicht mit dem Narrativ der Regierung übereinstimmt. 49 Intellektuelle, die im Juli in einem offenen Brief an den Premierminister ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hatten, dass immer wieder Menschen der untersten Gesellschaftsschichten durch gewalttätige Mobs gelyncht werden, wurden im Oktober 2019 wegen Aufruhrs angeklagt.¹ Medienschaffende sind mit drakonischen Gesetzen konfrontiert worden, weil sie sich kritisch gegenüber der Regierungspolitik geäußert haben.² Und die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International musste Ende September ihre Tätigkeit in Indien nach Repressalien und Hausdurchsuchungen aufgeben.³ Im Oktober äusserte sich UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet besorgt darüber, dass Menschenrechtsaktivist*innen in Indien immer mehr unter Druck geraten und über 1500 Aktivist*innen verhaftet worden sind.

Verschiedene breit abgestützte Proteste gegen die aktuelle Regierung wurden von ultranationalistischen paramilitärischen Kräften, die die Vormachtstellung der Hindus behaupten, gewalttätig angegriffen. In Polizeiuntersuchungen jedoch werden in der Regel die Protestbewegungen für die Gewalt verantwortlich gemacht und damit die von der Regierung unterstützten Paramilitärs freigesprochen. Die Proteste werden als Verschwörung antinationaler Elemente dargestellt, die das Land destabilisieren wollen, und mit den Protesten verbundene Aktivist*innen, Journalist*innen und Intellektuelle sind mit Klagen nach dem Antiterrorgesetz konfrontiert.

Der „Bhima Koregaon“-Fall

Das Muster, Intellektuelle und Aktivist*innen der Verschwörung gegen die Regierung anzuklagen, wurde im Fall „Bhima Koregaon – Elgar Parishad“ (oder „Bhima Koregaon“-Fall) erstmals breit angewendet. Bisher sind 16 Intellektuelle, Künstler, Anwält*innen, Professor*innen, Aktivist*innen, darunter ein 83-jähriger Jesuitenpater, in diesem Zusammenhang verhaftet worden. Einige von ihnen sind seit über zwei Jahren im Gefängnis.

Worum geht es im „Bhima Koregaon“-Fall? Jedes Jahr versammeln sich Dalits und Bahujans – Mitglieder der untersten Kasten und damit verletzliche Gruppen – am Neujahrstag in Bhima-Koregaon, um den Sieg in einer Schlacht von 1818 zu feiern, als ein Battalion aus Dalits die höhere Kaste der mächtigeren Peshwas besiegte. Anlässlich der 200-Jahr-Feier führten am 31.12.2017 über 250 Dalit- und Bahujan-Organisationen eine öffentliche Veranstaltung durch, mit dem Vorsitz zweier pensionierter Richter des Bombay High Court und des Supreme Court. Tausende nahmen teil und bezeugten, die Verfassung hochzuhalten und sich der Hasspolitik von Hindunationalisten entgegenzustellen. Am Folgetag griffen solche Hindunationalisten Dalits gewalttätig an, die auf dem Weg nach Bhima Koregaon waren: Brandanschläge, Plünderungen und ein Toter waren die Folge.

Multimediaberichte, Augenzeug*innen und unabhängige Untersuchungsmissionen kamen zum Schluss, dass die Gewalt geplant und von Schlägergruppen ausgeführt wurde, die eigens dafür von

¹ <https://www.thehindu.com/news/national/ramchandra-guha-mani-ratnam-aparna-sen-and-others-who-wrote-open-letter-to-pm-modi-booked/article29593009.ece>

² <https://thewire.in/media/international-federation-of-journalists-international-press-institute-sedition-pm-modi>

³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/amnesty-international-india-halts-its-work-on-upholding-human-rights-in-india-due-to-reprisal-from-government-of-india/>

aussen hergefahren wurden. Jedoch bemühte sich die Polizeiuntersuchung, die Vorfälle als eine Konspiration der verbotenen maoistischen Partei darzustellen, und verhaftete in der Folge die bekanntesten Dissident*innen im Land und bezeichnete sie als geheime, städtische Mitglieder der verbotenen Partei.

Bisherige Verhaftete

Die Liste der bisher Verhafteten erstreckt sich über verschiedene Altersgruppen, politische Zugehörigkeiten, Regionen und Berufe. Darunter befindet sich etwa der 83-jährige Jesuitenpater **Stan Swamy**, der sein Leben lang mit Indigenen in Zentralindien gearbeitet hat, aber ebenso der 33-jährige **Mahes Raut**, ein Aktivist, der sich gegen Vertreibungen wehrt und mit über 300 Dorfräten Protestschreiben an die Regierung gerichtet hat. **Sudha Bharadwaj** ist Verfassungsanwältin und Gewerkschafterin, die seit vielen Jahren mit den Leiharbeiter*innen des schweizerisch-französischen Zementkonzerns LafargeHolcim zusammenarbeitet. Sie wurde von der Harvard Law School als führende weibliche Juristin geehrt. Professor **Anand Teltumbe** ist Indiens führender Wissenschaftler zum Thema Kaste, der neun Bücher zum Thema geschrieben bzw. herausgegeben hat. **Sudhir Dhawale**, ein Kulturschaffender und Autor, der auf der Bühne in Elgar Parishad ein Gedicht von Bertolt Brecht rezitierte, wurde angeschuldigt, aufrührerische Reden gehalten zu haben.

Einige der Verhafteten sind über 60 Jahre alt und leiden unter lebensbedrohlichen Vorerkrankungen. Dies setzt sie einem erhöhten Risiko einer gefährlichen Covid-19-Erkrankung aus, ein Risiko, das durch die überfüllten Gefängnisse und die dort bestehenden schlechten sanitären Bedingungen besonders besteht. So wurde der 80-jährige **Varavara Rao** positiv auf Covid-19 getestet, als er sich im Gefängnis befand. Die Verweigerung medizinischer Versorgung brachte sein Leben in Gefahr. Trotz dieser gefährlichen Entwicklungen wurde die Freilassung auf Kautionsbasis, basierend auf medizinischen Gründen, in den Fällen von **Varavara Rao**, **Anand Teltumbde**, **Shoma Sen** und **Sudha Bharadwaj** verweigert, obwohl alle über 60 Jahre alt sind und unter ernsthaften chronischen Erkrankungen leiden, wie Bluthochdruck, Diabetes und Arthritis. Der zuletzt Verhaftete, **Stan Swamy**, ist 83 Jahre alt und leidet unter Parkinson sowie anderen Vorerkrankungen.

Die Anschuldigungen

Alle Verhafteten werden angeschuldigt, Mitglieder der verbotenen maoistischen Partei zu sein, sich verschworen zu haben, um Unruhe zu schüren und die gewählte Regierung zu stürzen. Die Gesetze, nach denen sie angeklagt wurden, gehören zu den strengsten – darunter das Anti-Terror-Gesetz UAPA –, ermöglichen eine sehr lange Untersuchungshaft und machen eine Freilassung auf Kautionsbasis schwierig, wenn nicht unmöglich.

Die Anwält*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Akademiker*innen, Autoren und Kunstschaffenden wurden in den letzten zwei Jahren nach und nach verhaftet, und so wurden auch die Anklageschriften gestaffelt vorgelegt, wobei jede Anklageschrift Tausende von Seiten umfasst. Trotz der gewaltigen Papiermenge, die dem Gericht vorgelegt wurde, besteht der Kern des "Beweismaterials" aus einigen wenigen unsignierten, nicht überprüfbaren, gedruckten Briefen, die angeblich aus den Computern einiger Verhafteter stammen. Viele dieser Briefe enthalten weder den Namen des angeblichen Absenders noch den des angeblichen Empfängers. Die Möglichkeit, dass diese Briefe ohne Wissen der Angeklagten in die Geräte der Angeklagten eingefügt wurden, ist sehr hoch, da im vergangenen Jahr aufgedeckt wurde, dass die Regierung illegal die Telefone und Computer der Angeklagten und ihrer Anwälte mit Hilfe einer fortschrittlichen Spyware-Software ins

Visier genommen hatte.⁴ Viele angesehene Juristen und Rechtsgelehrte, darunter Richter AP Shah, pensionierter Chief Justice des Obersten Gerichtshofs von Delhi, haben darauf hingewiesen, dass solche Beweise in einem Prozess nicht zulässig sind. Dennoch scheinen diese fadenscheinigen, fabrizierten "Beweise" als ausreichend zu gelten, um den Verhafteten gemäss der Antiterrorgesetzgebung eine Kautions zu verweigern.

Verfolgung geht weiter

Die nationale Untersuchungsbehörde (National Investigation Agency, NIA) untersucht derzeit den Fall. Nachdem die Regierung die verhafteten Akademiker*innen, Schriftsteller, Rechtsanwälte*innen, Dichter und Intellektuellen als "Terroristen" und "Anti-Nationalisten" verunglimpft hat, setzt sie alle Mittel ein, um jene zu schikanieren, die die ursprünglich verhafteten Personen unterstützt haben. Trotz des Corona-Lockdowns sind Dutzende weiterer Akademiker*innen, Anwälte, Aktivist*innen und Fachleute ins Visier genommen worden und werden (auf eigene Kosten) ins NIA-Büro in Bombay vorgeladen und aggressiv befragt. Diese Schikanen schaffen ein schwieriges Umfeld für die Zivilgesellschaft. Die immer neuen Verhaftungen sorgen dafür, dass der Prozess endlos verzögert wird, und die Anwendung der Anti-Terror-Gesetzgebung schliesst eine Kautions für die Inhaftierten aus.

⁴ https://www.huffingtonpost.in/entry/whatsapp-hacking-bhima-koregaon-lawyers-targeted_in_5dba8e9ae4b066da552c5028 , <https://indianexpress.com/article/india/bhima-koregaon-violence-nine-working-for-release-of-accused-were-targets-of-spyware-says-amnesty-report-6460795/>